



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/187 - 17. August 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Kurt Schumacher zum Gedenken	S. 1
Echo der griechischen Presse auf den deutschen Wahlkampf	S. 3
Der Bundeswirtschaftsminister und die Rentner	S. 4
Schäffer und die NATO	S. 6
Der Adenauer - Zug	S. 8

Sperrfrist bis Dienstag, 20. August

## Kurt Schumacher zum Gedenken

Von Erich Ollenhauer

Am 20. August jährt sich zum fünften Male der Tag, an dem Kurt Schumacher von uns gegangen ist. Erschütternd und unfassbar schien uns damals diese Nachricht, und noch heute ist uns allen in Erinnerung, wie wir ihn von Bonn nach Hannover zu seiner letzten Ruhestätte brachten. Die Menschen an den Strassen und Autobahnen, die ihm einen letzten Gruss zuwinkten und wir haben damals gefühlt und erfasst, welch schwerer Schlag ganz Deutschland getroffen hat, dass ein großer Mensch und Politiker von uns gegangen ist.

Heute, nach fünf Jahren, in denen so viel geschehen ist, lebt sein Geist, wirken seine Worte immer noch unter uns. Sein leidenschaftlicher Kampf um ein freies und unabhängiges Deutschland ist unvergessen und wird von seiner Partei weitergeführt.

Man kann Kurt Schumacher und sein Werk nicht nur als etwas Vergangenes betrachten, er steht nach wie vor in der Gegenwart. Wenn man heute vom Regierungschef das böse und verleumderische Wort vom Untergang Deutschlands hört, dann muss man auch an Kurt Schumacher denken, und an das Unrecht, das auf diese Art dem Toten noch zugefügt wird.

Es gibt sicher viele Verdienste, die sich dieser Mann um

seine Partei, um sein Volk, um Deutschland erworben hat. Das grösste und historische Verdienst von Kurt Schumacher aber ist, dass er den freien Westen vor dem Kommunismus bewahrt hat. Hätte er vor allen in den Jahren 1945 und 1946 nicht ein unerbittliches und hartes "Nein" gegenüber allen Anbiederungsversuchen und Verschmelzungsabsichten der Kommunisten gesprochen, wäre die Freiheit im Westen nicht erhalten geblieben. Wäre es ihm nicht gelungen, die deutsche Arbeiterschaft für den freiheitlichen Sozialismus zu gewinnen und gegen die totalitären Ideologien immun zu machen, niemand könnte mit Sicherheit sagen, ob es dann überhaupt zur Gründung der Bundesrepublik gekommen wäre, die nach dem Grundgesetz berufen ist, die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu vollenden.

Dieser Mann aber hat eine Bedeutung, die über Deutschland hinaus geht, denn durch seinen Kampf hat er nicht nur den Menschen in der Bundesrepublik die Freiheit erhalten, sondern er hat die europäische Nachkriegsgeschichte mitgestaltet.

Nun werden wir in diesen Tagen zum fünften Male an seinem Grabe stehen. Wir würden ihm nicht gerecht werden, wenn wir nur trauern und an seine Verdienste erinnern würden. Wenn wir das Vermächtnis von Kurt Schumacher erfüllen wollen, dann müssen wir gerade in diesen Tagen und Wochen bereit sein, noch leidenschaftlicher, noch härter zu ringen und zu kämpfen. Dann müssen wir daran denken, dass bis heute die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit mit durch Schuld der Kräfte, die auch Kurt Schumacher bekämpft und diffamiert haben, nicht vollendet worden ist. Dann müssen wir daran denken, dass die soziale Sicherheit für das deutsche Volk, die so wichtig für die Erhaltung seiner Freiheit ist, eine Aufgabe bleibt, die es noch zu verwirklichen gilt. Wir werden seinem Andenken am besten gerecht, wenn wir die Partei, der sein Herz gehörte, die deutsche Sozialdemokratie, so stark machen, dass sie nach dem 15. September in der Lage ist, bestimmend in das Schicksal Deutschlands einzugreifen.

\* \* \*

Konservatismus oder Sozialdemokratie?

Von unserem Balkan-Korrespondenten

Besondere Aufmerksamkeit schenkt die griechische Presse der bevorstehenden deutschen Bundestagswahl. Das politisch sehr aufgeschlossene griechische Volk legt immer schon den Ereignissen in anderen Ländern fast die gleiche Bedeutung bei, wie den Geschehnissen in seinem eigenen Land.

Griechenland unterhielt mit Deutschland immer ausgezeichnete wirtschaftliche Beziehungen. Nach der Gründung der deutschen Bundesrepublik wurden diese traditionellen Wirtschaftsverbindungen nicht nur wiederhergestellt, sondern auch auf den politischen Sektor ausgedehnt. Die griechisch-britischen Spannungen wegen der Zypernfrage bewogen Athen zu einer engeren Zusammenarbeit mit Bonn. Sichtbar wurde diese Entwicklung durch die Besuche des deutschen Bundespräsidenten in Griechenland im Mai 1956 und des griechischen Königs paares im September des gleichen Jahres in Deutschland. Als ein Zeichen für das Interesse an der deutschen Entwicklung kann gewertet werden, dass sich die griechische Presse in einer Reihe von Artikeln mit der bevorstehenden Bundestagswahl befasst.

Die griechischen Regierungszeitungen "Kathimerini", "Vima" usw. veröffentlichen Beiträge, die ein Bild von der Verteilung der politischen Kräfte in Deutschland geben und analysieren die Programme der beiden grössten Parteien, der CDU und der SPD, die in erster Linie die Entwicklung der nächsten Jahre in Westdeutschland beeinflussen werden.

Die oppositionelle Athener Zeitung "Eleftheria", die eine hohe Auflage hat, veröffentlichte am 8., 9. und 10. August drei Beiträge ihrer Bonner Korrespondenten unter der Überschrift "Das deutsche Dilemma: Konservatismus oder Sozialdemokratie?", in denen die Politik der Bundesregierung von 1949 bis 1957 kritisch beurteilt und eine Analyse des Programms der SPD gegeben wurde. Es wird betont, dass die SPD eine soziale Politik anstrebt, die die leidenden Schichten des deutschen Volkes von der Steuerlast befreien soll. Man sagt weiter, die Sozialdemokraten seien der Ansicht, dass das deutsche "Wirtschaftswunder" an breiten Bevölkerungsschichten spurlos vorübergegangen und nicht so gebaut ist, eventuellen wirtschaftlichen Krisen wirksam zu begegnen.

Die Jugend, die Intellektuellen, beide Freunde des Fortschritts, und die grosse Masse der Arbeiter werden die SPD wählen, weil sie eine Änderung der Regierungspolitik wünschen. Die SPD habe im Gegensatz zur CDU, deren Innenpolitik nicht so klar ist, ein konkretes soziales Programm, das sich an die politisch weicheren Schichten wendet.

Die konservative Nachmittagszeitung "Estia", das Blatt der griechischen Intellektuellen, vertritt in einem Leitartikel "Kraft und Schwäche der deutschen Wirtschaft" die Ansicht, dass die deutsche Wirtschaft an überflüssigem Reichtum leidet und damit quasi den Keim einer Krisis in sich trägt. In diesem Sinne veröffentlichen auch die übrigen Zeitungen Athens und Salonikis Beiträge und Kommentare über die Bedeutung der bevorstehenden deutschen Wahlen. Sie werden allgemein als bedeutungsvoll für die internationale Entwicklung angesehen.

\* \* \*

#### Die Waage hängt schief !

H.R. Prof. Erhard, mitleidig belächelt wegen der "brutalen Gewalt", mit der er vor einiger Zeit den davonlaufenden Preisen seiner "sozialen Marktwirtschaft" zu Leibe rücken wollte, versucht, angesichts der Misserfolge der jüngsten Zollpolitik, jetzt auf anderen Gebieten Erfolge für sich in Anspruch zu nehmen. Sicherlich hätte im November 1956 noch kein Rentner es sich träumen lassen, dass besagter Wirtschaftsminister im Sommer 1957 ihnen erzählen würde, er habe sich für die Rentenreform eingesetzt.

Das neueste Inserat der Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs, weit mehr bekannt unter dem Namen Waage-Inserat, ist jetzt auf die seltsame Idee verfallen, Herrn Erhard gewisse Vater-Rechte für die Durchführung der Rentenreform anzudichten. Natürlich weiss Herr Erhard, und erst recht die von ihm inspirierte Förderungsgemeinschaft, sehr wohl, dass mit der Behauptung, Erhard habe sich für die Rentenreform eingesetzt, wieder einmal die Wahrheit auf den Kopf gestellt wird.

Die Rentner können sich aber noch genau daran erinnern, dass es besagter Herr Erhard war, der sich im November 1956 auf einer Tagung

des Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft rühmte, dem Regierungsentwurf zur Neuordnung der Renten die "Giftzähne ausgebrochen" zu haben und sich nachdrücklich dafür einsetzte, dass die Renten lediglich ein Existenzminimum gewährleisten dürften. Die damalige Empörung der Rentner über die Äusserungen des Ministers ist noch nicht vergessen. Mit Interesse haben die Rentner verfolgt, was der Wirtschaftsminister zu so einem wichtigen Problem wie die Renteneuordnung, zu sagen hatte.

Der Wirtschaftsminister war im Grunde genau so wie sein Kollege Schäffer von den Finanzen, der vorgeschlagen hatte, erst einmal ein soziales Grundgesetz zu erlassen, und die Reform im nächsten Bundestag vorzunehmen, gegen die Rentenreform. Seine Ausführungen zu diesem Problem, als er von der SPD zur Rede gestellt wurde, verdienen daher noch einmal in Erinnerung gerufen zu werden. In der Fragestunde am 16.11.1956 behauptete nämlich der Wirtschaftsminister, er sei wieder einmal missverstanden worden und meinte dann wörtlich: "allerdings habe ich geglaubt, darauf hinweisen zu müssen, die Renten sollten wiederum nicht so hoch bemessen werden, dass das Gefühl der Eigenverantwortlichkeit gänzlich erlahmen müsste und - nicht zuletzt wegen zu hoher Beitragsbelastungen der Versicherten- keine zusätzliche Vorsorge mehr möglich wäre." Der Minister bestritt nicht, vom "Gift" in den Entwürfen gesprochen zu haben. Der ausdrücklichen Zusicherung aber, er werde den Text seiner Ausführungen von Köln veröffentlichen lassen, ist Herr Erhard natürlich nicht nachgekommen.

Ob der Minister schon damals die Absicht hatte, zu späterer Zeit sich als Vater der Renteneuordnung feiern zu lassen? Besagte "Waage", die normalerweise das Symbol der Gerechtigkeit in Händen der Justitia ist, hängt wieder einmal schief.

\* \* \*

"... nicht aber Deutschlands Interesse"

sp - Schon seit langem wird in Bonner politischen Kreisen darüber gesprochen, dass Adenauer und Schäffer "über Kreuz" liegen. Gründe dafür gibt es genug: Schäffers Bedenken gegen die Finanzpolitik des Bundeskanzlers, seine Vorbehalte zu manchen steuerpolitischen Manipulationen der jetzigen Bundesregierung und nicht zuletzt die Vorleistungspolitik des Bundeskanzlers gegenüber den finanziellen Forderungen der westlichen Siegermächte und NATO-Verbündeten an die Bundesrepublik.

Jetzt ist ein Brief bekanntgeworden, den Schäffer am 28. März dieses Jahres zur Frage der Stationierungskosten ausländischer Truppen an Dr. Adenauer geschrieben haben soll, ein Brief, der manches erklären würde, was bisher in der westdeutschen Innen- und Finanzpolitik sehr unklar war. Es ist bis zur Stunde nicht bekannt, ob parteiinterne Gegner Schäffers, die unter Umständen im Verteidigungsministerium zu suchen wären, diesen Brief in Umlauf gesetzt haben, oder ob es sich gar um eine Fälschung handelt, verbreitet zu dem Zweck, Schäffer bei Adenauer noch mehr in Misskredit zu bringen. Unabhängig von diesen Überlegungen sollte der Bundesfinanzminister also durch eine klare Aussage die in interessierten Kreisen entstandene Frage nach der Echtheit des Briefes beantworten.

Schäffers Brief an Adenauer enthält folgende interessante Aussagen:

"Der von den Delegationen von den Entsendestaaten ständig erhobene Einwand, dass die Stationierungstruppen in erster Linie zur Verteidigung der Bundesrepublik auf deren Gebiet stünden, verliert mehr und mehr an Durchschlagkraft. In Wirklichkeit stehen bei den Entsendestaaten - verständlicherweise - ihre eigenen Interessen im Vordergrund (sei es Verteidigung- oder finanzielle Interessen), denen die Entsendestaaten mit der Unterhaltung von Truppen in der Bundesrepublik nachgehen. In zweiter Linie mögen Interessen der westlichen Welt im allgemeinen bestehen, die aber einseitig zu Lasten der Bundesrepublik

gehen sollen, auf deren Gebiet sich die Truppen der Entsendestaaten deshalb massieren, weil die strategische Gesamtlage, nicht aber Deutschlands Interesse es erfordert. Das spezielle Verteidigungsinteresse der Bundesrepublik steht bei den Entsendestaaten durchaus nicht im Vordergrund. Umso weniger besteht Anlass, die Bundesrepublik finanziell erhöht zu belasten. Ich betrachte es als ein ernstes Versäumnis, dass dies den Delegationen der Entsendestaaten in der Truppenvertragskonferenz nicht schon längst mit aller Offenheit vor Augen geführt worden ist."

Wenn Schäffer diesen Brief geschrieben hat, bedeutet dies, dass hier endlich einmal ein Mann, der es in seiner Eigenschaft als eines der wichtigsten Mitglieder der Bundesregierung wissen muss, offen ausspricht, was die Spatzen schon längst von den Dächern pfeifen: nämlich, dass der Propaganda-Slogan der CDU "Sicherheit durch die NATO" mehr als fragwürdig ist.

Die nüchterne Analyse der politischen und militärischen Tatbestände lässt auch kaum einen anderen Schluss zu, als die in dem Brief Schäffers an Adenauer enthaltenen Feststellungen. Bedenkt man ausserdem, dass die Entwicklung der ferngesteuerten Raketenwaffen in den letzten Jahren eine völlig neue Verteidigungsstrategie zur Folge hat, dann wird man begreifen, wie verlogen die CDU-Propaganda ist, die der Bevölkerung der Bundesrepublik immer noch einzureden versucht, dass die "NATO-Politik um jeden Preis" das A und O der Sicherheit für Deutschland sein soll.

Sicherheit wird Deutschland nur erlangen, wenn es gelingt, die Spaltung Deutschlands und Europas mit friedlichen Mitteln zu überwinden und das wiedervereinigte Deutschland in ein europäisches Sicherheitssystem einzubauen, an dem es gemeinsam mit anderen Völkern Europas mit gleichen Rechten und Pflichten beteiligt ist.

\* \* \*

Der Adenauer - Zug

A.S. - Ein Salonwagen, zwei Schlafwagen, ein fahrbares Elektrizitätswerk, das alles gezogen von einer supermodernen Diesellok - so sieht die Wahlkampf-Residenz Dr. Adenauers aus. Wenn der amerikanische Präsident, wenn orientalische Potentaten so reisen, nun gut, aber bei uns? Haben wir's wirklich so dick, gehts nicht ein bisschen kleiner?

"Bitte, wir bezahlen's ja aus der Parteikasse", sagt die CDU. Nehmen wir mal an, das stimmt, und der Sonderzug liefere nicht mit dem Schmieröl aus dem Reptilienfonds. Wer - so lautet dann die Frage - bezahlt dann Unterkunft, Fahrt und Spesen der 30 regierungsamtlichen Begleiter des Bundeskanzlers? Auch die CDU? Das wäre Beamtenbestechung. Oder die Regierung? Das wäre unerlaubte Beihilfe zugunsten einer Partei, denn Beamte sind doch bekanntlich durch Dienst-eid zur Überparteilichkeit verpflichtet, was ihre beruflichen Ob-liegenheiten angeht, und dürften nicht im CDU-Wahlwagen Beihilfe leisten.

So oder so muss es nach Lage der Dinge aber sein. Wenn also der Zug von der CDU-Parteikasse ausgehalten wird, so ist weiter zu fragen, von wem stammt das Geld? Da die Mitgliederbeiträge der Kanzlerpartei eingestandenermassen nur spärlich fließen, kann das Geld nur von edlen Spendern kommen, die ihre wahlkämpferische Mitgift nicht zu versteuern brauchen. Am Ende geht das Geld für das noble fahrende Hauptquartier also doch der Allgemeinheit verloren, dir und mir - uns allen.

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel